Erste Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 44. Sonntag den 13. Februar 1887. **81. Jahrgang.**

Für die Arbeiter!

* Während die französische Kammer am 8. Februar einstimmig die Millionen bewilligt hat, welche die Regierung für die Vermehrung der Heeresstärke, für Festungsbauten, überhaupt für die Kriegsbereitschaft verlangte, sind wir in Deutschland im Begriff, am 21. Februar einen neuen Reichstag zu wählen, da der aufgelöste die Forderungen, welche die Reichsregierung zur Sicherung des Vaterlandes an ihn stellte, abgelehnt hat. Mit Aufwendung aller Kräfte arbeiten die Parteien, jede um ihrer Meinung Geltung zu verschaffen durch die Wahl der Ihrigen in den neuen Reichstag.

Die socialdemokratische Partei, welche als ihr Wahlprogramm für ganz Deutschland die Ablehnung jeder Bewilligung für das Heer aufgestellt hat und zwar unter dem Rufe „Keinen Mann und keinen Groschen!" macht in ihrer bekannten Ueberhebung und ohne alles Weitere den Anspruch, daß sie die alleinige Vertreterin der Arbeiter sei, daß diese zu ihr gehören und mit ihr wählen sollen und müssen. Und leider sind große Kreise der Arbeiter von jenen rührigen Führern so bearbeitet, daß sie blindlings sich von den Herren leiten lassen, je dreister diese auftreten und je lauter sie Alles was sie sagen, als das einzig Wahre, als das Heil der Arbeiter unter ihrer Führung hinstellen. Da lauschen denn die Massen der Zuhörer und sind in ihrer Einfachheit bei dem Mangel an Kenntniß politischer und wirthschaftlicher Fragen überzeugt, daß der Recht hat, der am lautesten schreit und am herzhaftesten auf das Bestehende schimpft und meinen Wunder, was das für muthige Herren sind, die so reden können.

Aber alle Arbeiter sind es nicht, welche zur Wahl gehen und für Bebel, Liebknecht, Viereck und Genossen aus dem großen socialdemokratischen Generalstabe stimmen. O nein, wenn das wäre, dann müßten schon sehr lange mehr Socialdemokraten im Reichstage sitzen. Nein, es giebt noch viel Tausende von Arbeitern, welche sehr vernünftig sich sagen, daß das nicht der rechte Weg ist, auf dem man sie von Seiten der socialdemokratischen Leiter führen will. Diese Männer stimmen nicht für die socialdemokratischen Candidaten und wo sie sehen, daß kein anderer als ein solcher durchkommen wird, da verzichten sie lieber auf ihr Wahlrecht. Freilich giebt es unter den Arbeitern eine große Zahl ganz Gleichgiltiger, denen der Sinn eines solchen Wahlactes, wie der bevorstehende, völlig unverstanden bleibt.

Die socialdemokratischen Wahlen, wo sie gelungen sind oder große Theilnahme gefunden haben, sind in der That nicht ohne Weiteres als von den Arbeitern im eigenen Sinne des Wortes anzusehen. Hierüber morgen. G. G.

Zur Lage.

** Berlin, 11. Februar. Fast nur noch acht Tage trennen uns von dem Tage der Reichstagswahlen, aber die Agitation hat bereits ihren Höhepunct erreicht. Man merkt dies auch besonders an dem ruhigen und sachlichen Verlauf, welchen die Budgetberathungen im Abgeordnetenhause nehmen. Von erregten Debatten keine Spur, denn die hauptsächlichsten Opponenten sind zugleich auch die Hauptagitatoren, diese finden sich in den Reihen der „Freisinnigen", und damit ist zugleich gesagt, daß sie sich nicht in Berlin befinden. Die ruhige, sachliche Erledigung des Etats liegt ihnen weniger am Herzen, sie sind „draußen", auf Wahlreisen, sie agitiren, sie suchen „Stimmung zu machen". Die Bänke der nationalen Parteien sind durchweg gut besetzt. Die Vertreter der nationalliberalen und conservativen Parteien wissen sehr wohl, daß sie mit dem Mandat auch andere Pflichten übernommen haben, als blos Diäten zu beziehen, und sie thun ihre Schuldigkeit. Die „Freisinnigen" aber, welche sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit damit brüsten, lediglich die Interessen der Gesammtheit im Auge zu haben, welche immer dafür eintreten, daß die Stimmung des Volkes „unverfälscht" zum Ausdruck gelange, sie thun ihr Möglichstes, um das Volk durch wüste Agitationen zu einer Meinung gegen die Regierung aufzureden. Die „Freisinnigen", welche niemals genug Worte finden können, um die Wühlereien und Agitationen der Gegner als unerlaubt und unerhört zu brandmarken, sie fürchten gerade, ohne Agitation nicht nur in der Minderheit zu bleiben, sondern ganz zu verschwinden. Und in der That verdanken sie ihre Mandate meist einer zügellosen Agitation. Obgleich sich die Freisinnigen, wie keine andere Partei, vielleicht die Socialdemokraten ausgenommen, auf die Agitation verstehen, fehlt ihnen diesmal doch die sonstige Zuversicht. Man kann es vielfach in freisinnigen Kreisen hören, daß sie bereits darauf „gefaßt" sind, weit schwächer als vorher in den Reichstag einzuziehen; vor Allem aber zweifeln sie meist selbst nicht daran, daß das Septennat vom nächsten Reichstag in jedem Falle bewilligt wird. Eine gewisse Muthlosigkeit hat bereits jetzt die „Führer" ergriffen. Aehnlich äußern sich Abgeordnete des Centrums. Die Centrumspartei ist überhaupt nur noch dadurch zusammenzuhalten, daß die Abstimmung über das Septennat den Mitgliedern freigestellt wird. Gleichwohl wird eine Anzahl von früheren Centrumsmitgliedern aus der Partei austreten, mehrere andere lehnen eine Wiederwahl auf Grund des Centrumsprogramms ab. In keinem Falle ist zu befürchten, daß Centrum im Verein mit dem Freisinn auch den nächsten Reichstag commandiren, in keinem Falle wird im nächsten Reichstag das Centrum die ausschlaggebende Stellung haben wie in der vorigen Session.

Das Abgeordnetenhaus wird Montag die Berathung des Cultusetats beginnen und am Dienstag die zweite Berathung beendigen. Die beiden Vorlagen über die Verstaatlichung von Eisenbahnen und über die Secundairbahnen werden vorher noch commissarischer Berathung überwiesen. Weitere dringende Arbeiten liegen nicht vor, selbst der größere Theil der Petitionen ist bereits in der Commission, eine größere Zahl sogar bereits im Plenum erledigt. Die achttägige Pause wird also keine wesentliche Verzögerung in den Arbeiten des Hauses herbeiführen. Nach der Wahl wird vor dem Zusammentritt des Reichstags die dritte Lesung des Etats sich bequem erledigen lassen, und das Abgeordnetenhaus wird nachher dem Reichstag in seinen Arbeiten nicht im Wege sein. Auch im Herrenhaus werden zunächst alle kleineren Vorlagen erledigt. In den ersten Tagen des März spätestens wird hier bereits die Etatsberathung stattfinden. Die kirchenpolitische Vorlage wird allerdings erst Anfang März erwartet, gleichwohl ist nicht ausgeschlossen, daß auch deren Berathung in beiden Häusern so beschleunigt wird, um zu Ostern bereits den Schluß des Landtags herbeizuführen.

* Unter den deutschfreisinnigen Flugblättern befindet sich auch eines mit der Ueberschrift: „Wählt keinen Landrath!" Es beginnt mit den Worten: „Der Landrath soll wie jede gute Obrigkeit über den politischen Parteien stehen; im Reichstage aber muß sich der Landrath einer Partei anschließen, und wird dadurch der Parteikampf auch in die ganze Kreisverwaltung hineingetragen. Der Landrath soll in seinem Kreise wirken, nicht in Berlin sich aufhalten. Je tüchtiger der Landrath ist, desto weniger kann er, ohne Schaden für den Kreis, durch den Kreissecretair, Kreisdeputirten oder Regierungsassessor vertreten werden. Gerade die wichtigeren Kreisangelegenheiten bleiben unerledigt, wenn der Landrath Monate hindurch in Berlin weilt." Im fünften Berliner Wahlkreis und in Meiningen haben die Deutschfreisinnigen den Landrath Baumbach aufgestellt. Ob sie ihr Flugblatt auch dort verbreiten werden? Vielleicht thun es die Gegner.

Oeffentl. Verhandlungen der Stadtverordneten am 22. December 1886.*)

(Auf Grund des Protokolles bearbeitet und mitgetheilt.)

Anwesend: 51 Stadtverordnete und am Rathstische: Herr Oberbürgermeister Dr. Georgi und die Herren Stadträthe Mechler, Dr. Tröndlin, Schmidt-Eckelmann, Nagel, Dürr, Hesse, Scharf, Dr. Wangemann, Winter, Dr. Schmid.

Der Vorsitzende, Herr Vorsteher Justizrath Dr. Schill, theilte zunächst zur Registrande mit:

a. Rathsschreiben, betreffend die Pensionirung des Schutzmannes Richard Theodor Ewert mit einem Ruhegehalte von 573.75 ℳ vom 1. Januar 1887 ab;

b. Eingabe des Herrn Kaufmann Siegfried Friedländer, die Erhöhung der Theater-Eintrittspreise betreffend.

Die Eingabe ist nach § 23 der Geschäfts-Ordnung zu behandeln, daher 8 Tage auf dem Bureau auszulegen.

Außerdem sind diverse anonyme Schreiben in gleichem Sinne eingegangen, die aber nach der Geschäfts-Ordnung nicht zur Verlesung gelangen können.

Man tritt sodann in die Tagesordnung ein.

Herr Dr. Jerusalem referirt für den Bauausschuß zu folgenden Conten und Specialbudgets des Haushaltplanes pro 1887, nachdem er hierzu noch bemerkt hatte, daß er selbst über diese Conten zu berichten genöthigt sei, da der von ihm bestellte Herr Referent erst heute Mittag habe wissen lassen, daß derselbe krankheitshalber in der heutigen Sitzung nicht erscheinen könne.

Die Ausschußanträge zu

Conto 10 „Wohlfahrtspolizei"

Ausgaben Pos. 51 „Reparaturen an dem Gebäude wegen des Hundeschlages 150 ℳ ordentlich" zu genehmigen,

Conto 15 „Brunnenwesen"

zu genehmigen,

Conto 25 „Mühlen und Wehre"

Einnahmen I „Pachtgeld für die Nonnenmühle 2886 ℳ 11 ₰ ordentlich" und Ausgaben I Pos. 1—4 „Aufwand wegen der Nonnenmühle 132 ℳ 85 ₰ ordentlich" zu genehmigen, und

Conto 30 „Fleischhallen"

in Einnahmen und Ausgaben zu genehmigen,

werden einstimmig angenommen.

Bei

Conto 31 „Gebäude in der Stadt"

beantragt der Ausschuß:

1) zu Ausgaben Positien 17—22 „Löhne an die Hausmänner" Markt Nr. 14, Markt Nr. 15, Klostergasse Nr. 4, Thomasgäßchen Nr. 2 u. 4, Thomasgäßchen Nr. 6, Thomasgäßchen Nr. 8, Thomasgäßchen Nr. 10 und Klostergasse Nr. 2 zu beantragen, die Zahl der Hausmänner für diese Häuser auf 3 zu erhöhen,

2) Ausgaben Pos. 49 „Rathhaus 700 ℳ außerordentlich" abzulehnen,

3) von Ausgaben Pos. 56 „Stadthaus 2022 ℳ 50 ₰ außerordentlich" 50 ℳ zu streichen,

4) im Uebrigen das Conto in Einnahmen und Ausgaben zu genehmigen.

Antrag 1 erklärt sich daraus, da man glaubt, daß 3 Hausmänner für die betr. 6 Häuser, zumal dieselben zum Theil nur kleine Straßenfronten haben, genügen.

Antrag 2 wird damit begründet, daß durch Veranlagung der betreffenden 700 ℳ für Anbringung des in Rede stehenden Oberlichts auch keine genügende Besserung der Lichtverhältnisse herbeigeführt werde.

Antrag 3 wird gestellt, da ein Zimmer (Nr. 58 im Stadthaus) bereits hergestellt und ein zweites (Nr. 149) nicht aufzufinden gewesen ist.

Bezüglich der Uebertragbarkeit der Positionen verweist Herr Referent auf die früheren Vorgänge und den Wechsel der Ansichten des Collegiums und bemerkt, daß der Bauausschuß die Uebertragbarkeit nach wie vor letzterenfalls für unrichtig hält, aber, da die Majorität des Collegiums anderer Ansicht ist, von einer nochmaligen Remonstration dagegen absieht.

Nachdem Herr Pommer den Rath gebeten hatte, an den Fenstern der nach dem Markt gelegenen Räume der Alten Waage Jalousien anbringen zu lassen, da dies für den Sommer wegen der Hitze sehr nöthig sei, werden alle Ausschußanträge zu Conto 31 einstimmig angenommen.

Conto 32 „Schauspielhäuser",

und zwar:

1) Ausgaben I Pos. 7 „Unterhaltungskosten wegen des neuen Schauspielhauses 15,000 ℳ ordentlich und 1050 ℳ außerordentlich",

2) Ausgaben II Pos. 19 „Unterhaltungskosten wegen des alten Schauspielhauses 4000 ℳ ordentlich"

empfiehlt der Bauausschuß

zur Genehmigung.

Dieser Antrag findet ohne Debatte einstimmige Annahme.

Zu

Conto 35 „Buden"

wird beantragt:

1) Ausgaben Pos. 1 „Aufstellung und Wiederabtragung der in der inneren Stadt befindlichen Buden 15,500 ℳ ordentlich" auf 14,500 ℳ herabzusetzen,

2) zu Ausgaben Pos. 5 „Miethzins für ermiethete Buden 562 ℳ ordentlich" dem Rathe zur Erwägung anheim zu geben, ob es sich nicht empfiehlt, die Verträge wegen der ermietheten Buden zu lösen,

3) im Uebrigen das Conto in Einnahmen und Ausgaben zu genehmigen,

4) den Rath zu ersuchen, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Buden auf dem Markte und dem Augustusplatze in der Michaelis- und Neujahrsmesse möglichst zusammen auf einen Raum vereinigt werden.

Hier wird Antrag 1 gestellt, da man glaubt, daß den höheren Arbeitslöhnen schon durch Mehreinstellung von 800 ℳ genügt sei, weil dagegen auch weniger Buden aufgestellt werden.

Ferner wird dem Rathe zur Erwägung gegeben, von Ermiethung fremder Buden ganz abzusehen, da die eigenen Buden nicht einmal alle vergeben werden können.

Antrag 4 wird damit begründet, daß in der Michaelis- und Neujahrsmesse nur sehr wenig Buden vorhanden sind, und es nicht gut aussieht, wenn die Buden soweit auseinander stehen.

Herr Stadtrath Dr. Schmid sagt den Anträgen 2 und 4 Erwägung und möglichste Berücksichtigung zu, bittet aber, Pos. 1 der Ausgaben voll zu verwilligen, da der betreffende Unternehmer inzwischen mit Rücksicht auf die erhöhten Arbeitslöhne der Zimmerleute, welcher von 3 ℳ 50 ₰ auf mindestens 4 ℳ 10 ₰ nach Versicherung des Unternehmers gestiegen sei, um Erhöhung der Einzelpreise nachgesucht habe. Der Rath dürfte nach dem bestehenden Vertrage mit dem Unternehmer dieses Gesuch wohl in Erwägung zu ziehen und zu genehmigen haben, namentlich wenn man dem früher ausgesprochenen Wunsche des Collegiums gemäß mit dem Unternehmer auf längere Zeit wieder abschließen wolle.

Herr Referent erwidert, daß ihm von einem solchen Wunsche des Collegiums nichts bekannt sei. Bezüglich der Höhe des Arbeitslohnes könne die bloße Versicherung des Unternehmers hier nicht genügen. Der Specialsachverständige des Ausschusses habe erklärt, daß die vom Ausschuß zur Bewilligung vorgeschlagene Summe ausreichen würde. Wenn weitere vom Rathe anzustellende Erörterungen ergeben sollten, daß dies doch nicht der Fall sei, so würde es immer noch Zeit sein, alsdann die jetzt abgesetzte Summe zu bewilligen. Für heute bitte er das Collegium, den Ausschußantrag anzunehmen.

Herr Stadtrath Dr. Schmid entgegnet, daß er nicht gesagt habe, es sei Wunsch des Collegiums gewesen, mit demselben Unternehmer Vertrag auf längere Zeit zu schließen. Er habe nur gesagt, daß vom Collegium der Wunsch ausgesprochen worden sei, es möge in der fraglichen Beziehung ein Vertragsverhältniß auf längere Zeit eingegangen werden.

Daß die Arbeitslöhne der Zimmerleute erheblich gestiegen sind, dürfte allgemein bekannt sein.

Nachdem der Herr Referent nochmals den Ausschußantrag befürwortet und wiederholt auf das Gutachten des Herrn Specialsachverständigen des Ausschusses Bezug genommen hatte, werden die Ausschußanträge zu diesem Conto einstimmig angenommen.

Conto 38 „Wasserleitung und Specialbudget „Wasserleitung",

ausschließlich Specialbudget Ausgaben Pos. 6—8 in Einnahmen und Ausgaben zu genehmigen,

wird einstimmig beschlossen.

Conto 40 „Quartieramt"

Ausgaben Pos. 21 „Unterhaltung der Baracken 4110 ℳ ordentlich und 8984 ℳ außerordentlich"

beantragt der Ausschuß zu genehmigen.

Der Herr Referent bemerkt, daß man zwar diese Positionen, weil die Ausgaben auf reglementsmäßigen Vorschriften beruhen, zur Bewilligung vorschlage, aber freilich gehofft hätte, daß man um diese Ausgabe mit Rücksicht auf den Verkauf des betreffenden Areals an den Militairfiscus würde herumkommen können. Indessen könne dies nicht dazu führen, jetzt Ablehnung der Position vorzuschlagen, da man nicht wisse, wie die Bewilligungen für den Militairfiscus erfolgen werden. Man könne nur hoffen, daß der Privatfeldwirthschaft Herr Eugen Richter, der in militairischen Sachen immer Alles besser wissen wolle als Graf von Moltke und der Kriegsminister, im vorliegenden Falle eine höhere Einsicht habe und für den betreffenden Verkauf an den Staat sein werde.

Der Ausschußantrag wird einstimmig genehmigt, ebenso der Antrag

Specialbudget „Lagerhof",

Ausgaben Pos. 26 „Unterhaltung und Reparatur der Baulichkeiten 3800 ℳ ordentlich und 1300 ℳ außerordentlich".

Sodann berichtet Herr Oehler als bestellter Referent über nachfolgende, zur unmittelbaren Plenarverhandlung verwiesenen Gegenstände, zunächst über:

A. Conto 10 „Wohlfahrtspolizei" Ausgaben VII Pos. 30—36 „Aufwand wegen der Straßenbeleuchtung &c. 296,074.12 ℳ ordentlich".

Hierzu beantragt der Herr Referent:

Ausgaben Pos. 34 „Gas zur Beleuchtung der Peterskirchenuhr 1198 ℳ ordentlich" zu streichen, da die Mittel zur Erleuchtung der Uhr nicht bewilligt worden sind.

Die übrigen Positionen werden vom Herrn Referenten zur Genehmigung vorgeschlagen.

B. Conto 41 „Gasbeleuchtungsanstalten" und Specialbudgets „Gasanstalt I", ausschließlich Ausgaben XIV Pos. 2, 8, 9, 10; XV, Specialbudget „Gasanstalt II" Ausgaben XIV Pos. 2, 6, 7, 8, XV, Specialbudget „Gasanstalt I und II" Ausgaben IVa Pos. 1, 1a, IVb Pos. 1, 2, IVd Pos. 4, 4a, 4b, V Pos. 4, 10 des Haushaltplanes für 1887.

Diesem Referate schickte Herr Referent eine allgemeine Bemerkung über die ganze Gestaltung des Gasanstaltsbudgets voraus, welches zwar freilich kein gerade erfreuliches Bild darbiete, jedoch in Wirklichkeit immerhin nicht so ungünstige Resultate ausweise, als man vielleicht anzunehmen geneigt sein könnte.

Hierauf verlas Herr Referent den im Begleitschreiben des Rathes zum Budget bez. der Gasanstalten enthaltenen allgemeinen Passus und erläuterte die einzelnen wesentlichen, namentlich die gegen das Vorjahr veränderten Positionen, berichtete dabei auch zugleich Namens des Verfassungsausschusses über

Specialbudget Gasanstalt I und II

1) Ausgaben IVd Pos. 4 „4 Controleure à 1150 ℳ", Pos. 4a „4 Controleure à 1100 ℳ" und Pos. 4b „4 Controleure à 1050 ℳ",

2) Ausgaben V Pos. 4 „Cassencontroleur R. 2. 1500 ℳ".

Bei dem Budget der Gasanstalt II bemerkt Herr Referent zu Ausgaben V Pos. 5 „Gas zur Erleuchtung der Anstalt, der Bureaus und der Dienstwohnungen und zur Heizung der Bureaus 14,633.70 ℳ ordentlich", daß Erörterungen wegen elektrischer Erleuchtung der Anstalt schweben und event. eine Vorlage an das Collegium in dieser Beziehung gelangen werde, wenn man darüber Gewißheit sich verschafft habe, wie einer hier mit in Frage kommenden Explosionsgefahr begegnet, bez. eine solche Gefahr verhütet werden könne.

Zu Ausgaben VII Pos. 10 „Reparaturen &c. an dem Hauptrohre von der Gasanstalt II bis zur Kaiser Wilhelm-Straße (einschließlich des Eutritzsch-Aufpumpwerks) 1300 ℳ ordentlich" wird gewünscht, daß diese Position vereinigt werden möge mit den Positionen in Betreff des Stadtrohrnetzes überhaupt.

Zu Gasanstalt I und II wird der Herr Referent darauf hin, daß es mit Rücksicht auf die Concurrenz des elektrischen Lichtes nothwendig sein würde, sehr bald die Gaspreise herabzusetzen, und beantragt sodann im Einverständniß mit den übrigen Mitgliedern des Collegiums, welche dem gemischten Gasausschuß angehören, nach Hinweis auf die früheren Verhandlungen wegen Festsetzung der Preise für den Gasverbrauch des Neuen und Alten Theaters:

Gasanstalt I und II Einnahmen III „Gasverbrauch des Alten und Neuen Theaters 28,014 ℳ ordentlich" zu beanstanden und diese Position nach Maßgabe des Selbstkostenpreises des Gases von 10.108 ₰ pro Cubikmeter zu erhöhen.

Zu Position XIV, b der Gasanstalt I ist die Zulage von 300 ℳ zu streichen, da der betreffende Beamte gestorben ist, wogegen die Pension seiner Wittwe unter das Capitel „Pensionen" bei Gasanstalt I und II mit aufzunehmen ist.

Im Uebrigen wird vom Herrn Referenten beantragt, die oben gedachten, heute zur Berathung stehenden Positionen zu genehmigen.

Nach Schluß des Referats erbittet sich Herr Gruner das Wort und weist darauf hin, daß man sich in Folge der mehr und mehr complicirt gewordenen Gestaltung des Budgets der Gasanstalten nicht mehr blos mit den gegen das Vorjahr veränderten Positionen, sondern fast mit jeder einzelnen Position eingehend beschäftigen müsse. In den Budgets der Gasanstalten anderer Städte werden fast alle Positionen ausführlich begründet, während hier nur sehr wenige und dürftige Bemerkungen zur Erläuterung hinzugefügt sind.

Er stelle daher den Antrag:

der Rath wolle veranlassen, daß der Haushaltplan der Gasanstalten künftig in einer besonderen Anlage speciell bearbeitet und begründet werde,

der zu größerer Klarheit des Budgets, besserer Einsicht in die Betriebsverhältnisse der Gasanstalten und zur Ermöglichung einer Vergleichung mit den bezüglichen Verhältnissen anderer Städte führen würde.

Herr Stadtrath Dr. Wangemann weist gegenüber einer Bemerkung des Herrn Vorredners darauf hin, daß wegen erst jetzt möglich gewesener Fertigstellung der Rechnung des Vorjahres und da Gasanstalt II im Vorjahre erst 5 Monate in Betrieb war, das Budget sich erst später fertig stellen ließ, und daß es hierin seinen Grund habe, daß dem gemischten Gasausschuß nur einige Wochen zur Beschäftigung mit dem Budget blieben. Im nächsten Jahre werde dies hoffentlich anders sein, und werde dann sich auch Gelegenheit finden, die heute vom Herrn Gruner hier ausgesprochenen Wünsche im gemischten Gasausschuß zu besprechen.

Herr Herrmann wendet sich zu einer Besprechung des kürzlich eingegangenen Betriebsberichtes der Gasanstalt I pro 1885, gab aber diese Besprechung für heute auf, da der Herr Vorsitzende mittheilte, daß der Bericht mit der Abrechnung zusammen zu besonderer Berathung gelangen werde.

Herr Schneider findet die Straßenbeleuchtung hier nicht so vollkommen, daß sie allen Ansprüchen genügen könne, und empfiehlt Vergleichung bez. Abdeckung der Laternen von oben durch Milchglas bez. mit Blechscheibe, damit das Licht nach oben nicht entweichen könne. Ferner regt er — wie schon früher — die Anbringung von Wandarmen an bei Straßen, die nur 2.25 Meter breites Trottoir haben.

Herr Stadtrath Dr. Wangemann erwidert, daß die Frage wegen Anbringung der Wandarme im gemischten Gasausschuß schon besprochen worden sei, während mit den Abdeckungen der Laternen demnächst ein Versuch gemacht werden solle.

Früher hätte sich allerdings das Collegium gegen die Abblendung ausgesprochen, weil die Façaden der Häuser sonst nicht genug beleuchtet wären.

Herr Herrmann regte an, ob es nicht möglich sei, die Kosten der Straßenbeleuchtung, mit denen jetzt die Stadtcasse belastet werde, künftig lediglich als eine Last der Gasanstalt zu behandeln, wie dies auch in anderen Städten, z. B. in Berlin, geschehe, wenn auch freilich an dem materiellen Ergebniß dadurch nichts geändert werde.

Herr Oberbürgermeister bemerkt zu dem Antrage des Herrn Gruner, daß er sich dagegen erklären müsse, wenn das Gasanstaltsbudget etwa ganz aus dem Gesammtbudget ausgeschieden werden solle. Dasselbe sei ein integrirender und sehr wichtiger Theil des Gesammtbudgets und müsse unbedingt mit dem letzteren zugleich vorgelegt werden.

Wenn Herr Gruner wünsche, daß eine bessere Budgetvorlage der Gasanstalten gemacht werde, so würde der Rath hierfür sehr dankbar sein; dies könne aber viel einfacher dadurch geschehen, wenn Herr Gruner als Mitglied des gemischten Gasausschusses, welcher die Budgetvorlage bezüglich der Gasanstalten dem Rathe zu machen habe, in dem gedachten Ausschusse direct dafür wirke, als wenn derselbe durch das Collegium einen Antrag in dieser Beziehung an den Rath richte, welcher dann doch die Sache wiederum an den gemischten Gasausschuß zurückgeben müsse.

Herr Gruner entgegnet dem Herrn Oberbürgermeister, daß er seinen Antrag vorher mit dem Herrn Rathsdeputirten besprochen habe. Derselbe habe Bedenken geäußert, ob die von dem Herrn Redner gewünschte specielle Begründung in dem Budget selbst Raum finden würde.

Ob dies nun möglich sei, oder nicht, darauf komme es ihm, Herrn Redner, weniger an. In Dresden seien die Erläuterungen im Budget selbst untergebracht, in Berlin bestehe eine besondere Budgetbeilage für das Gasanstaltsbudget. Die Hauptsache sei ihm, daß die Erläuterungen überhaupt möglichst eingehend gegeben werden. Wie sie abzufassen habe, das hänge freilich mit der von ihm schon oft besprochenen Frage einer technischen Oberleitung der Gasanstalten eng zusammen, da seiner Ansicht nach die fraglichen Erläuterungen von dieser technischen Oberleitung zu geben sein würden.

Der Antrag des Herrn Referenten:

Ausgaben VII Pos. 33 in Conto 10 zu streichen

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag des Herrn Referenten:

Ausgaben VII Pos. 30, 31, 32, 34, 35, 36 in Conto 10 zu genehmigen,

findet einstimmige Annahme, ebenso sein Antrag bezüglich der Position Gasanstalt I und II Einnahmen III.

Die übrigen heute zur Berathung anstehenden Positionen der Gasanstaltsbudgets werden nach dem Antrage des Herrn Referenten einstimmig angenommen.

Die Anträge des Verfassungs- und Gasausschusses:

Gasanstalt I und II Ausgaben IVd Pos. 4, 4a, 4b und V Pos. 4 zu genehmigen,

werden einstimmig angenommen.

Der Antrag des Herrn Gruner findet mit 33 gegen 18 Stimmen Annahme.

Sodann berichtet Herr Herrmann für den Finanz- und Verfassungsausschuß über die Vorlage, betreffend

Einführung von Theaterferien im Neuen Theater und Erhöhung des Eintrittspreises für gewisse Plätze.

Die Ausschüsse beantragen:

Ablehnung der Vorlage.

Herr Referent verliest zunächst die Rathsvorlage, ferner auszugsweise die Schreiben des Herrn Director Stägemann an den Rath in dieser Angelegenheit, theilt auch die Resultate der von demselben aufgestellten Calculation mit, ebenso die Generalziffern der von anderer Seite angestellten Berechnungen, indem er hierbei darauf hinweist, daß es sehr schwierig sei, in dieser Beziehung das Richtige zu treffen, da alle in Frage kommenden Factoren, welche in die Berechnung einzustellen sind, hypothetischer Natur seien.

Die richtigste unter den aufgestellten Berechnungen sei seiner Ansicht nach die des Herrn Oberbürgermeisters, doch sei in dieser Berechnung angenommen, daß die Preiserhöhung eine allgemeine, nicht blos eine für die großen Opern einzuführende sein würde, und komme dies für die Gestaltung des Gesammtergebnisses wesentlich mit in Betracht.

Endlich theilte der Herr Referent noch das Hauptsächlichste aus den in den Rathsacten enthaltenen Gutachten der Theaterdeputation mit und knüpfte hieran die Mittheilung, daß er auf Grund der vom Herrn Oberbürgermeister aufgestellten Tabelle und namentlich auf Grund von weiteren amtlichen Unterlagen, die er sich verschafft, auch seinerseits eine Calculation aufgestellt habe. Diese Calculation, welche er mittheilte, führe zu einem Ueberschuß von ca. 21,172 ℳ, wovon aber der Mehrbetrag von 5000 ℳ für das Orchester abgehe und 10,000 ℳ für Abonnementsrückgang, welcher sich nach Mittheilung der Direction jetzt schon vor dem 1. December eingestellt habe, abzuziehen seien. Andererseits könnten vielleicht die 12 Vorstellungen außer Abonnement, welche in dieser Calculation mit je 10.0 ℳ angenommen sind, mehr ergeben, auch die gekündigten Abonnements theilweise wieder aufgenommen werden, in welchem Falle sich allerdings ein nicht unerheblicher Plus für den Theaterpächter ergebe. Sicheres lasse sich darüber aber selbstverständlich nicht sagen.

Nachdem Herr Referent noch Mittheilungen über die Preise und Abonnementsverhältnisse in Frankfurt a. M. und Hamburg gemacht hatte, welche ergeben, daß Abonnements- und Tagespreise dort höher sind als hier, erklärte er, daß die Ausschüsse zufolge einstimmigen, bereits am letzten Freitag (den 17. dss.) gefaßten Beschlusses die Ablehnung der Rathsvorlage vorschlagen.

Als nächstliegender Grund dieser Ablehnung müßten die Abonnementsbedingungen angesehen werden, die seitens der Theaterdirection den Abonnenten übergeben worden und die nach Ansicht der competenten Mitglieder des Verfassungsausschusses als Bestandtheile des zwischen der Theaterdirection und den Abonnenten abgeschlossenen Vertrages anzusehen sind.

Herr Referent verweist namentlich auf Punct 7:

Jeder Abonnent hat das Recht, nach vollständiger und pünctlicher Erfüllung der Abonnementsbedingungen den von ihm abonnirten Platz auch für das nächstfolgende Abonnementsjahr wieder zum Abonnement zu beanspruchen. Diejenigen Abonnenten, welche ihre Plätze vom 1. Januar 1887 ab nicht wieder zu abonniren gedenken, sind verpflichtet, ihre Erklärung bis spätestens 1. December 1886 an der Theatercasse schriftlich abzugeben. Andernfalls werden dieselben auch für das nächste Abonnementsjahr als Abonnenten betrachtet,

und führt in Bezug darauf aus, daß, wenn der Abonnent verpflichtet sei, sofern eine Kündigung vor dem 1. December nicht erfolgt ist, das Abonnement zu behalten, ihm jedenfalls auch ein Rechtsanspruch darauf zustehe, und zwar zu den in den übrigen Puncten festgestellten Bedingungen, da ein Vorbehalt, diese zu ändern, nicht gemacht ist. Es seien aber auch noch andere Gründe, die die Ausschüsse bestimmen mußten, die Ablehnung der Rathsvorlage in dieser Form zu empfehlen. Man sei sich darüber völlig im Klaren gewesen, daß jede Preiserhöhung, wie auch ihre Begründung lauten möge, eine unbeliebte Maßregel ist. In den Ausschüssen habe man es aber direct ausgesprochen, daß man sich in seinen Entschließungen davon nicht beirren lassen wolle. Nachdem man sich das Mitbeschließungsrecht in dieser Frage heraufgekämpft habe, könne es sich nur um deren streng objective Prüfung handeln. Zugegeben müsse dabei von vornherein werden, daß die Preiserhöhungen immer ihre bedauerliche Seite haben. Es sei ein weithin bekannter Vorzug unserer Stadt, daß man einen Kunstgenuß auch zu mäßigem Preis haben könne und daß der Besuch des Theaters auch minder Bemittelten möglich sei. Es gäbe ferner doch zu denken, daß bei niedrigen Preisen hier immerhin noch Ueberschüsse, anderwärts bei hohen Preisen Deficits gemacht würden. Deshalb erscheine es dringend geboten, die Frage der Erhöhung sehr genau zu prüfen, denn die Kunst Denen zu verschließen, für die sie die einzige Erhebung und Erbauung im Leben bilde, könne auch sehr zum Nachtheil des Pächters ausschlagen.

Nun trete aber als wichtiger Factor die Forderung der Ferien hervor. Die Gründe, die für dieselben sprechen, müßten als bekannt gelten.

Eine Ruhepause von 4 Wochen sei allen betheiligten Factoren aufrichtig zu gönnen, sie sei auch dem Orchester vor Allem zu wünschen, sie würde der Stadt bei baulichen Veränderungen, bei der Reinigung des Hauses und dergleichen mehr zu Gute kommen. Die Ausschüsse seien weiter bereit, darüber zu verhandeln.

In den Kreis der Erwägungen sei auch die Frage gezogen worden, ob man dem Pächter werde irgend welches Opfer in der Angelegenheit auflegen können.

Man sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß man das nicht könne. Den Ausschüssen haben die Gewinnabschlüsse des jetzigen Pächters vorgelegen.

Dieselben seien angefertigt von dem vom Rathe vereidigten Revisor Küster, der auch die Bücher des Pächters führe. Die Ziffern seien somit amtliche; persönliche Bezüge des Pächters seien in den Etats nicht enthalten. Aus der auf diese Weise erfolgten authentischen Einsichtnahme in die Lage unseres Theaters gehe hervor, daß dasselbe keine günstige mehr ist und daß das Leipziger Theater aufgehört hat, ein glänzendes, ja ein gutes Geschäft zu sein. Trotzdem, daß, wie aus einer interessanten Aufstellung des Herrn Oberbürgermeisters hervorgehe, die Einnahmen unter der jetzigen Direction gestiegen sind, liefere das Theater doch keine guten Erträgnisse mehr. Für den jetzigen Pächter verhängnißvoll ist noch der Umstand, daß er an seinem Inventar, dessen Anschaffungskosten bis Ende 1886 300,000 ℳ betragen, in drei Jahren nur 20 Proc., in einem Jahre 30 Proc. abgeschrieben hat, während A. Haase sein Inventar ganz, Dr. Förster im Jahre vor der Preiserhöhung 75 Proc. abgeschrieben hat. Würde man die Abschreibungen, da 20 Proc. (bez. 30 Proc.) als viel zu wenig für derartig vergängliche Objecte erscheine, auf 60 Proc. normiren, so würde der Gewinn des jetzigen Pächters im vierjährigen Durchschnitt noch lange nicht so viel betragen, wie der Gehalt des Frankfurter Intendanten.

*) Eingegangen bei der Redaction am 7. Februar 1887.

SLUB
Wir führen Wissen.